

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 252.

Freitag, den 27. Oktober 1899.

6. Jahrgang

Hierzu eine Beilage.

Die Novelle zum Unfallversicherungsgesetz.

Das Reichstage soll bei seinem Wiederzusammentritt eine Novelle zum Unfallversicherungsgesetz vorgelegt werden. In der That ist auch keines der Arbeiterversicherungsgesetze so verbesserungsbedürftig, wie das Unfallversicherungsgesetz. Eigentlich ist das Gesetz heute gar kein Arbeiterversicherungsgesetz, denn durch dasselbe werden die Arbeiter für die Schäden, von denen sie bei Unfällen betroffen werden, um ein Drittel weniger entschädigt, wie jeder andere Mensch. Es ist vielmehr eine Versicherung der Arbeitgeber gegen ihre Haftpflicht in Rücksicht auf ihre Arbeiter, durch die das Interesse der Arbeitgeber an der Verhütung von Unfällen wesentlich herabgesunken ist. Das hat entschieden zu der bedeutenden procentualen Zunahme der Unfälle seit Einführung dieses Gesetzes beigetragen, denn seitdem fehlt der wirksamste Ansporn zur Verhütung von Unfällen, nämlich das Bewußtsein des Unternehmers, für die Folgen der in seinem Betriebe vorgekommenen Unfälle bis zu einem gewissen Grade persönlich entschädigungspflichtig und haftbar zu sein.

Aber das Gesetz ist auch deshalb kein allgemeines Arbeiter-Ver sicherungsgesetz, sondern nur ein Betriebsunfallversicherungsgesetz, weil der Arbeiter durch dasselbe nur gegen die Unfälle versichert ist, die ihm innerhalb des Betriebes, in dem er beschäftigt ist, zustoßen. Stürzt ein Arbeiter auf dem Hofe der Fabrik, in der er beschäftigt ist, z. B. wegen Stätteis und bricht ein Bein, so erhält er eine Rente je nach der Verminderung, die seine Arbeitsfähigkeit dadurch erfahren hat. Stürzt er aber Sonntags auf dem Wege zur Kirche, auch wegen Stätteis, so erhält er keinen Pfennig Rente, ebensowenig seine Wittve, wenn er dabei gestorben ist. Für den Arbeiter und seine Angehörigen hat es genau dieselben Folgen, als ob er von einem Betriebsunfall oder einem anderen Unfall betroffen worden ist. Unsere soziale Gesetzgebung nimmt aber diesen Standpunkt ein, sie beurteilt den Schaden, von dem ein Arbeiter betroffen wird, nicht nach seiner Größe, sondern nach dem rein nebensächlichen Umstande, wo er passiert ist. Aber damit nicht genug. Dieser Schaden muß sich auch ganz bestimmt als „Unfall“ darstellen, andernfalls fällt auch hier jeder Anspruch auf Rente fort. Deshalb erhält ein Arbeiter, der vielleicht nur wenige Tage gearbeitet hat und dann verunglückt ist, resp. dessen Wittve, eine Rente. Ein anderer Arbeiter hat vielleicht dreißig Jahre treu und ehrlich in der Fabrik gearbeitet und erliegt endlich trotz aller Vorsicht den mit diesem Betriebe verbundenen Schädlichkeiten. Seine Wittve geht aber hier aus, weil er an einer Gewerbekrankheit, nicht bei einem Unfall gestorben ist. Ist nicht hier eine gleichmäßige Fürsorge für den einen Arbeiter wie für den anderen am Platze? Denn was dem einen Arbeiter und der einen Wittve recht ist, ist auch dem anderen Arbeiter und der anderen Wittve billig, wenn nicht der eine unsere Gesetzgebung als ungerecht anklagen soll. Muß er nicht verlangen, daß dieser Ungerechtigkeit ein Ende gemacht werde? Man sollte meinen, die angekündigte Novelle werde diese Ungerechtigkeit und Ungleichheit beseitigen und damit die Ursache so vieler Unzufriedenheit. Doch nein, für Beseitigung dieser Ungerechtigkeit sorgt die Novelle nicht im geringsten, denn das wären zu radikale Maßregeln.

Aber diese Ungerechtigkeiten sind nicht die einzigen Ursachen der Unzufriedenheit der Arbeiter mit diesem Gesetz. Die Rente soll nach demselben genau nach der Größe der Verminderung festgesetzt werden, die die Erwerbsfähigkeit des Arbeiters durch den Unfall erlitten hat. Aber ist eine genaue Festsetzung dieser Verminderung ohne Willkür möglich? Kein Arzt oder Richter der Welt vermag in zutreffender Weise zu entscheiden, ob ein Arbeiter nach einem Unfall noch 60 oder 70 oder 80 Proz. seiner Erwerbsfähigkeit besitzt, da ihm sowohl die eingehenden fachmännischen Betriebskenntnisse abgehen, wie die Fähigkeit, die vorausgesetzte Leistungsfähigkeit des verstümmelten Arbeiters richtig abzuschätzen. Daher nehmen die Prozesse über die Festsetzung der Erwerbsfähigkeit Unfallverletzter kein Ende.

Dazu kommen die fortwährenden Herabsetzungen der Renten durch die Berufsgenossen-

schaften wegen Besserung oder Gewöhnung an die erlittene Verstümmelung. Hat ein Versicherter eine Rente von 30 Prozent „erstritten“, so dauert es nicht lange und die Berufsgenossenschaft setzt sie wegen Besserung des Zustandes des Rentenempfängers auf 20 Proz. herab. Die Prozesse beim Reichsversicherungsamt über den Grad der gebliebenen Erwerbsfähigkeit machen nach der amtlichen Statistik etwa 21 Prozent aller Prozesse aus, wobei es sich vielfach nur um eine Herabsetzung von 5 oder 10 Prozent handelt. Haben da die Arbeiter nicht Ursache genug zur Unzufriedenheit mit diesem Gesetz? Obendrein verursachen diese Prozesse Jahr für Jahr viele Millionen an Kosten.

Man diese Prozesse, sagt man, werden nach Annahme der Novelle zum großen Theil wegfallen. Aber in welcher Weise? Bis jetzt hat der Arbeiter, wenn ihm die von der Berufsgenossenschaft festgesetzte Rente zu niedrig erscheint, immer noch die Hoffnung, durch Einlegung der Revision beim Reichsversicherungsamt eine Erhöhung derselben zu erlangen. Dem soll nun dadurch einfach vorgebeugt werden, daß die Zuständigkeit des Reichsversicherungsamtes auf das Revisionsverfahren sehr beschränkt werden soll. Auf diese Weise will man die Zahl der Prozesse vermindern. So will es Herr von Stumm. Praktisch, nicht wahr?

Eine andere Härte des bestehenden Gesetzes ist die Bestimmung, daß eine zuerkannte Rente erst von der 14. Woche nach dem Unfall ab dem Verlebten oder seinen Hinterbliebenen gezahlt wird, eine Härte, die um so größer ist, als in vielen Betrieben gar keine Krankenkassen bestehen, z. B. in fast allen landwirtschaftlichen, die bisher kein Krankengeld zahlen, auch außerdem der Arbeiter den Rentenbetrag während dieser Zeit für Auslagen zu seiner Verpflegung u. meist dringender brauchen würde. Muß denn gerade den Arbeitern von den wenigen Groschen Rente noch so viel als möglich abgezwickelt werden? Ein General, ein Seehandlungspräsident mag bei irgend einem Unfall wegen Krankheit zur Disposition gestellt, beurlaubt und pensioniert, und niemandem fällt es ein, von den Tausenden seiner Pension einen Pfennig zu kürzen, wenn er auch vier Wochen später wieder suchtsunter ist. Aber der Arbeiter könnte doch verschwendisch werden, wenn er in den ersten 13 Wochen nach dem Unfall neben dem Krankengeld noch Rente bekäme. Deshalb ist die Novelle vorsichtig und verlangt den Rentenbezug von der 14. Woche nach dem Unfall nur in den Fällen, wenn der Anspruch auf Krankengeld bei Fortbestand der beschränkten Erwerbsfähigkeit vorher fortgefallen ist.

Witwen ist über den Inhalt der Novelle bis jetzt nicht bekannt geworden; aber auch das Bekanntgewordene genügt, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten bei ihrer Vernehmung im Reichstage ihren Mangelhaftigkeiten, Willkürlichkeiten und Ungerechtigkeiten ganz energisch auf den Leib rücken, um die Interessen der Arbeiter zu wahren. Allerdings, so lange sich Reichsregierung und Reichstag nicht zu einer Vereinigung der drei großen Versicherungszweige entschließen, so lange diese einzeln in ihrer materiellen Eigenart bestehen bleiben, so lange wird ein völliges Sineinandergreifen derselben nicht erreicht werden und alle Maßregeln nur Flickwerk bleiben.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Als die schlimmsten Unkräzler brandmarkt die „Kreuzzeitung“ die Harmlosen und ihre Konsorten. Der Spielerprozeß hat ihr das Herz schwer gemacht. Gerade weil sie den Eindruck erhalten, daß in gewissem Sinne und in gewissem Maße typisch ist, was der Spielerprozeß aufgedeckt hat, insofern es den Durchschnittsercheinungen eines Theiles der gebildeten Jugend entspricht, ist es geeignet, besonders schwere Bedenken wahrzunehmen und im Hinblick auf die Zukunft trübe zu stimmen. „Der Leichtsin, mit Nuchlosigkeit oft näher verwandt, als es scheint,“ sei im Stande, einen „tittlichen Nihilismus“ groß zu ziehen, den die Formen des Weltmanns oft nur nothdürftig verdecken und der unter Umständen ärgere Verwüstungen anrichten hilft, als die Lehren der Umsturzpartei, so lange sie auf dem theoretischen Boden bleiben.“ In dieser Richtung lasse sich der Schaden, den der Harmlosen-Prozeß angerichtet, gar nicht berechnen.

Solche Moralpatken haben sich noch nach jedem ähnlichen Skandalprozeß, an dem Konservative theilhaftig waren, vernehmen lassen. Aber nach wenigen Wochen war jedesmal wieder alles vergessen.

Die Interpellation über die Zuchthausvorlage im bayerischen Landtage. Dienstag wurde die Debatte über die sozialdemokratische Interpellation fortgesetzt. Das Wort nahm zunächst

Abg. Dr. Schädl er. (C.) Er wundert sich, wie die bayerische Regierung dazu komme, dieser Vorlage zuzustimmen. Eine impulsive Tischnrede könne sie nicht dazu bestimmt haben; auch nicht die Furcht, majorisiert zu werden. Das Centrum verhalte sich vollständig ablehnend zu der Vorlage, welche die Arbeiter nur in den Stausen bringen würde, sie sollten willenlos den Großindustriellen ausgeliefert werden. Die Arbeitswilligen selbst wollten die Vorlage nicht.

Abg. Dr. Casselmann (M.) erklärt sich Namens seiner Parteifreunde entschieden gegen die Vorlage. Wenn man die Arbeiter für das Reich, für die Monarchie gewinnen wolle, müsse sie sehen, daß sie nicht auf die Sozialdemokratie angewiesen sind, sondern daß sie bei der Regierung das Verständnis finden, das sie beanspruchen. Man darf also nicht mit einer solchen Vorlage kommen.

Abg. Segiß (S.) beleuchtet die Vorlage in ihren Konsequenzen und Einseitigkeiten. Seit der Zeit, als der bayerische Minister erklärte, er lasse das Koalitionsrecht nicht schmälern bis zum Erscheinen der Vorlage, ist in Bayern nichts vorgekommen, was die Regierung zur Zustimmung veranlassen konnte. Aus der Zeit nach dem Erscheinen der Vorlage habe der Minister Vorgänge aus Bayern angeführt. Der erste der angeführten Fälle liege ganz anders, als der Minister ihn dargestellt. Im zweiten Falle sei eine Strafe von 6 Monaten erfolgt; es sei also die Vorlage gar nicht nötig gewesen. In einem dritten Falle sei Freisprechung erfolgt. Wie könnte man das zu Gunsten der Vorlage anführen, da doch die Angeklagten nachgewiesen, daß sie nichts Unrechtes gethan. Als vierten Fall habe der Minister die Augsburger Vorgänge angeführt. Nun sei aber Augsburg die Hochburg der Ordnungspartei. Die Sozialdemokratie habe dort trotz der vielen Arbeiter noch nicht Boden fassen können und trotzdem die Unruhen! Das müßte der Regierung die Augen öffnen. Die Arbeitgeber hätten eben das Nötigste nicht gethan, um die Arbeiterbevölkerung so zu heben, daß solche Dinge nicht vorkämen. Wenn die Sozialdemokratie einmal die Herrschaft über die Arbeiterbevölkerung in Augsburg erlangen werde, würden dort Vorgänge wie diese Unruhen nicht mehr vorkommen. Redner schließt zum Beweis, wie Arbeitslosigkeit in Bayern gemäßiget werde, den Terrorismus, wie er von Arbeitgebern gegen bestimmte, ihrer politischen Stellung wegen ihnen unbecommene Arbeiter ausgeübt werde, ebenso den Terrorismus der Fabrikanten untereinander und gegeneinander, um Preisstapel zu schaffen und aufrecht zu erhalten.

Justizminister v. Leonrod: Das Streikpostenfeste, das mit Bedrohung verbunden ist, könne nicht gestiftet werden. Es sei Terrorismus. Der Justizminister kann dann nur zu einem Zwischenfall sprechen. Abg. Segiß hatte gesagt, der § 8 der Zuchthausvorlage sei doch nicht so harmlos, wie der Justizminister denke, der ihn mit einer Handbewegung abthue. Hier fiel aus den sozialdemokratischen Reihen der Zwischenruf „harmlos“. Der Justizminister war über diesen Zwischenruf sehr erregt, ging zum Präsidenten Dr. Ortner, sprach mit ihm und sagte jetzt in seiner Rede: Wenn er eine Handbewegung mache, sei das seine Sache, er lasse sich die vorgetragenen Beleidigungen nicht gefallen. Er sei kein Freund von Strafanträgen gegen die Presse, aber einmal könnte ihm die Geduld ausgehen und dann würde der Betreffende erkaunt sein, welche strenge Strafe er bekommen könnte. Es scheint, daß der Minister den Zorn als eine Fortsetzung von Verhörungen der „Münchener Post“ gegen ihn aufgefaßt hat. Mit dem Berliner Prozeß der Harmlosen hat das nichts zu thun. Präsi. Dr. Ortner erklärte, er habe den Zwischenruf nicht gehört, finde aber in demselben auch keine Beleidigung.

Minister von Feilich verteidigte den Standpunkt der Regierung gegen Abg. Segiß. Wenn Sie der Regierung aus der Zustimmung zu der Vorlage einen Vorwurf machen wollen, so thun Sie das. Wir haben objektiv geprüft und nach objektiven Befund gehandelt. Die vier Vorfälle, die er am Sonnabend zur Begründung der Vorlage angeführt habe, bezögen sich mit Ausnahme eines einzigen, auf die Zeit, in der die Denkschrift zur Vorlage noch nicht vorgelegt. Mit dem Terrorismus von Arbeitgebern gegen Arbeitnehmer, wie der Abg. Segiß gesprochen, sei er durchaus nicht einverstanden. Aber es würde auch von den Arbeitnehmern viel und starker Terrorismus gegen die Arbeitgeber geübt. Die Koalitionsfreiheit sei durch die Vorlage in keiner Weise beeinträchtigt. Läge eine solche Beeinträchtigung vor, würde die bayerische Regierung unbedingt mit „Nein“ antworten. Wir haben so gehandelt, weil wir so handeln zu müssen glaubten im Interesse des Staatswohles. Die bayerischen Arbeiter stehen zum größten Theil nicht hinter dem Abg. Segiß. Der größte Theil sei nicht organisiert, sei zufrieden.

Präsi. Dr. Ortner erwidert die kommenden Redner, sich einer milden Fassung in ihren Ausführungen zu befleißigen und bemerkt zu einer Verhörung des Ministers des Innern, daß er annehme, derselbe habe damit nicht einen Abgeordneten gemeint.

Abg. Woerle (Str.) spricht für die Organisation der Arbeiter (Katholische Arbeitergewerkschaft), die man nicht verhindern müsse. Redner ist gegen die Vorlage, bespricht die Augsburger Kravalle und bestreitet insbesondere, daß man sich auf sie zur Begründung der Zuchthausvorlage berufen könne. Zum Schluß verlangt er die Förderung der Religion.

Abg. Schirmer (Centr.): Die Regierung hätte der Vorlage nicht zustimmen dürfen, wenn sie das Koalitionsrecht nicht beeinträchtigen wollte. Aber was vom Norden komme und was hohe Herren dort sagten, werde in Bayern mit Entgegenkommen aufge-

nommen. Nebner schildert eine Reihe von Vorgängen, in denen katholische organisierte Arbeiter gemüßigt wurden, weil sie in der Organisation thätig waren, sowie Fälle, in denen die Fabrikanten die Versuche und Anfänge zu Arbeiterorganisationen verhinderten. Die Vorlage müsse die Arbeiterorganisation mit größtem Mißtrauen gegen die Reichsregierung und gegen die bayerische Regierung erfüllen. Nebner empfahl auf das Sozialistengesetz, das nicht gegen die Sozialdemokraten, sondern gegen alle Arbeiter ausgeht worden sei.

Hg. Brach Augsburg (N.) schildert die Augsburger Vorgänge. Die Streikpostenheer hätten sich dabei zu gewaltthätig aufgeführt und er habe sich gewundert, daß die Polizei nicht schärfer eingeschritten. Die Polizei habe sich musterhaft verhalten. Die Arbeiter, die geschütt hätten, hätten sich bei den Tumulten aus dem Staub gemacht und die Versührten seien am Platz geblieben. Er finde aber trotzdem in den Augsburger Vorgängen keinen Anhalt, daß man ihretwegen die Gesetze verschärfen müßte.

Bürgermeister von Fischer Augsburg (N.): Er sei in der kritischen Zeit nicht in Augsburg gewesen. Gefeßt sei auf beiden Seiten (Maurer und Maurermeister) worden. Auch in der Bewältigung der Tumulte sei nicht das Richtige geschehen. Man müsse den Leuten, um sie zu beruhigen, gütlich zu reden. Ruhe man aber Mißthät, dann müsse die Ordnung mit einem Schläge hergestellt werden. Man dürfe nicht mehrere Tage herumoperieren.

Minister von Feilich nimmt die Behörde in Augsburg in Schutz. Sie hätte bejener und vernünftig gehandelt. Wäre sie anders vorgegangen, so würde man heute in der Kammer ganz anders reden.

Nach einer Reihe persönlicher Bemerkungen, in denen Dr. Casselmann (N.) dem Hg. Woerle gegenüber ebenfalls die Nothwendigkeit des Religiosen betont, wurde die Diskussion geschlossen und der Gegenstand verlassen.

Graf Posadowsky wird von den Debatten in der bayerischen Kammer wenig erbaut sein. Sie zeigen ihm, daß selbst die bürgerlichen Parteien, unter der Wucht der Proteste der gesammten Arbeiterschaft, von den christlichen Gewerksvereinigern bis zu den Gewerkschaften, es nicht wagen, sich zu dem Gesetz zu bekennen, das mit seinem Namen unauslöschlich verbunden ist.

Zum Zuchtengesetz hat bekanntlich der national-liberale Landtagsabgeordnete van der Borcht in einer Broschüre Änderungsanträge formuliert. Die ultramontane „Kölnische Volkszeitung“ bemerkt dazu: „Die Vorschläge gehen zwar nicht so weit wie die Regierungsvorlage, lassen aber der richterlichen Auslegung weiten Spielraum und bergen die Gefahr in sich, daß ganz harmlose Handlungen hart gestraft werden.“

Die Ausfichten der Zuchtensvorlage. Wie themten dieser Tage folgende Ausfichten der „National-liberalen Korrespondenz“ mit: „Die Ausfichten des Gesetzesentwurfs sind so gering wie je; wir glauben auch zu wissen, daß die verbündeten Regierungen bereits die Konsequenzen aus der Sachlage gezogen haben.“ Dazu bemerkt das Agrarierorgan, die „Deutsche Tageszeitung“:

„Das Gerücht über die Ausfichten des Entwurfs ist eitel Flußerei; daß die Ausfichten sich nicht wesentlich gebessert haben, weiß Jeder, der die Stimmungen auch nur einigermaßen kennt. Was aber die Aenderung anlangt, daß die verbündeten Regierungen bereits die Konsequenzen aus der Sachlage gezogen hätten, so können wir auf das Bestimmteste versichern, daß die verbündeten Regierungen ihre Stellung zum Gesetzesentwurf seit seinem Einbringen nicht im geringsten geändert haben. Wenn die „Nat. Kor.“ dem ihr besonders nachstehenden Abgeordneten Baffermann wirklich zu Hilfe kommen will, muß sie es ein wenig geschickter anfangen.“

Danach wäre anzunehmen, daß die Regierung entschlossen ist, auf ihrem Entwurfe zu bestehen oder wenigstens die Tendenz desselben nicht preisgeben zu wollen.

Die Verantwortlichkeit des Verlegers. Eine Angelegenheit von eminenter Bedeutung für die gesammte Presse beschäftigte am Montag die dritte Strafkammer am Landgericht I in Berlin. Die Redaktionsverhältnisse in der in polnischer Sprache erscheinenden Zeitung „Gazeta Robotnicza“ wurden in einer eingehenden Verhandlung erörtert. Am 30. April v. J. erschienen in der genannten Zeitung zwei Artikel, welche vom strafrechtlichen Standpunkte aus beanstandet wurden. Der erste war überschrieben „Menschen oder Hammel?“ Es wurde darin ausgesprochen, daß die Viehzüchter ihre Kreaturen, wie Kühe, Schweine, Schafe u. d. durch zu verbessern pflegen, daß sie Affethiere aus fremden Ländern zur Zucht kommen lassen. Ebenso verfähre die Regierung in den polnischen Distrikten. Es würden deutsche Beamte zum Zwecke der Germanisirung nach dort versetzt und umgewandelt. Hierin erblickte die Anklagebehörde eine Beleidigung der Staatsregierung. In dem zweiten Artikel wurde erzählt, daß zwei Polizeibeamte in einem oberirdischen Orte einen völlig anschnulbigen polnischen Arbeiter zur Rede geschleppt und in rohester Weise gemüßigt hätten. An dieser Geschichte soll kein wahres Wort sein. Zunächst wurde gegen den damaligen verantwortlichen Redakteur, den Schutzmacher Bendisch, Anklage erhoben; nachdem dieser sich aber ins Ausland begeben hatte, zog man den Verleger, den Schneider Franz Morawsky, zur Verantwortung. Es wurde angenommen, daß Bendisch nur „Schriftsteller“ gewesen sei; hatte doch der mit den Ermittlungen beauftragte Kriminal-Kommissar in dem Redaktionszimmer der „Gazeta Robotnicza“ weder Linde noch Schreibzeug gefunden. Morawsky hatte den Beweis angetreten, daß er als Kandidat der polnischen Arbeiterpartei sich damals auf einer Wahl-Agitationsreise befunden habe. Er wollte mit den Redaktionsverhältnissen nicht das Gerüchte zu ihm gehabt haben. Die betreffenden Artikel seien ihm auch erst nach dem Druck zu Gesicht gekommen. Thatsächlich traten auch mehrere frühere Redakteure der „Gazeta Robotnicza“ auf, welche bekundeten, daß dem Angeklagten ein Bestimmungsrecht darüber, was angenommen werden solle und was nicht, nicht zustand. Staatsanwalt Klone hielt auch den Verleger einer Zeitung für den Inhalt derselben verantwortlich. Jedenfalls habe der Angeklagte grob

fahrlässig gegen § 20 des Preßgesetzes verstoßen, wenn er sich gar nicht um den Inhalt seiner Zeitung bekümmerte. Er sei auch weit befähigter, die Zeitung zu leiten, als die dazu angemessenen Redakteure, welche insgesammt dem Handwerker- und Arbeiterstande entnommen seien. Bei den vielen und schweren Vorstrafen, die der Angeklagte bereits wegen Preßvergehen erlitten, müsse ihn diesmal eine empfindliche Strafe treffen. Der Staatsanwalt beantragte nun eine Gefängnisstrafe. Der Gerichtshof konnte noch nicht zur Entscheidung kommen, sondern bestimmte, daß das Urtheil am Montag, den 30. dieses Monats, Vormittags 12 Uhr verkündet werden soll.

Wenn die Gerichte wirklich die Verleger für den Inhalt ihrer Zeitungen verantwortlich machen sollten, wie es der Staatsanwalt in dem vorliegenden Falle will, so würden sich Zustände ergeben, die sich nicht bloß in der Provis als unhaltbar erweisen, sondern die auch dem Sinne und dem Geiste des Preßgesetzes schauerstracks zuwiderlaufen würden. Wie in aller Welt soll sich der Verleger einer größeren Zeitung, der mit seinen Verlagsgeschäften tagsüber alle Hände voll zu thun hat, darum kümmern können, was die Redakteure in die Zeitung setzen? Und wozu ist denn eigentlich der verantwortliche Redakteur da, den das Preßgesetz verlangt? Sollen hier wieder neue Fesseln und Galgstricke für die Presse konstruirt werden? Wir dächten, man hätte bei uns zu Lande genug und Überzeugung davon!

Gegen die Zuchtensvorlage hat der Frankfurter demokratische Verein in seiner ersten Sitzung des Winterhalbjahres folgende Resolution angenommen: „Der Frankfurter demokratische Verein erklärt sich gegen die Zuchtensvorlage in jeder Form, somit insbesondere auch gegen alle Versuche, die Einzeltheile der Vorlage auf Umwegen zur Geltung zu bringen.“ — Das klingt ein wenig anders als die national-liberal-großindustriellen Resolutionen mit ihrem: „auf der einen Seite“ — „auf der anderen Seite.“

Die Münznovelle, so rechnete die „Nationalztg.“, würde im Stande sein, innerhalb 10 Jahren die Goldwährung vollständig zur Ausführung zu bringen. In 10 Jahren würde die Bevölkerung des Reichs auf 60 1/2 Millionen gestiegen sein; in Folge dessen würden 300 Millionen Mark Thaler in 333 Millionen Mark Reichsilbermünzen umzuprägen sein. Der vorhandene Thalerbestand ist nach Abzug der bereits ausgegebenen österreichischen Thaler auf 360 Millionen Mark zu schätzen. Es würden also innerhalb 10 Jahren noch 60 Millionen Thaler zu verkaufen sein. Bei diesem Verkauf würden sich nach dem bestehenden Silberpreis 33 Millionen Mark Verlust ergeben, andererseits aber würde ein Münzgewinn bei der Ausprägung der Thaler in Reichsilbermünzen von ebenfalls 33 Millionen Mark entstehen.

Der vortheilhafte Verkauf der Karolinen hat in Spanien die Luft erweht, Deutschland noch mehrere Inselgruppen aufzuhängen. In Spanien ist, nach der „Voss. Ztg.“, von einem Verkauf der nördlich von Marokko gelegenen Insel Chafarinas an Deutschland die Rede. Ministerpräsident Silveira aber hat diese Gerüchte als Erfindung bezeichnet. Wollte Gott, es wäre wahr! — Die drei Chafarinasinseln liegen an der Mittelmeerküste Marokkos südlich vom Cap Tres Forcas und zählen 703 Einwohner, ein ärmtliches Gemisch von Spaniern, Mauren, Negern und Juden. Sie werden als Deportationsinsel benutzt. Selbst die Garnison besteht aus Sträflingen.

Ausländer als gezwungene Lohndrücker. Etwas veripitet, aber nicht zu spät für die einschlägigen Verhandlungen im Reichstag kommt dem „Vorw.“ aus Grouau an der hanoerisch-holländischen Grenze die Nachricht zu, daß im Juni dieses Jahres die Arbeiter der Baumwollspinnerei Giermark die Arbeit einstellten, hauptsächlich deshalb, weil sie verlangten, daß ihnen bei Uebergabe der Arbeit das Gewicht des empfangenen Garns und der Preis für das zu liefernde Quantum Waare in ein Buch eingeschrieben werde, damit sie möglichst gegen Uebervertheilung bei Ablieferung der Waare geschützt seien. In jener Fabrik arbeiten aber viele holländische Arbeiter, die ebenfalls die Arbeit einstellten. Sofort nahm sich der Bürgermeister von Grouau der armen Fabrikanten an und erließ als Vertreter des Staats für Ordnung und Moral folgende

Bekanntmachung. Es wird hierdurch bekannt gemacht, daß diejenigen Arbeiter der Baumwollspinnerei Giermark, welche in den Ausland getreten sind, als kontraktbrüchig geworden sind (?), Deutschland bezw. Preußen nicht mehr betreten dürfen, wenn nicht heute mittag 1 1/2 Uhr die Arbeit wieder aufgenommen wird. Sie werden als lästige Ausländer des Landes benannt und müssen auf ihre Namen durch die amtlichen Publikationsorgane veröffentlicht.

Sollten die Arbeiter begründete Beschwerden haben, so bin ich bereit, solche entgegenzunehmen und für Abhilfe zu sorgen. Grouau, den 29. Juni 1899.

Die Polizeiverwaltung. (Name unleserlich). Bürgermeister. Diese Bekanntmachung zeigt, in welcher Zwangslage die in der letzten Jahren massenhaft nach Deutschland importierten ausländischen Arbeiter sich befinden, sobald sie in eine Arbeitseinstellung eintreten. Das Damoklesschwert der Ausweisung hängt über ihnen. Im vorliegenden Fall wird sogar in einer bis jetzt noch nicht bekannt gewordenen Augenwischerei durch ein staatliches Organ den freiziehenden Arbeitern mit der Ausweisung aus Preußen gedroht, wenn sie zu einer bestimmten Stunde die Arbeit nicht ohne Widerrede aufnehmen. Der Drame des Staates betrachtet sich also als das Vollzugsorgan der Wünsche der Unternehmer, d. h. der Bürgermeister von Grouau sieht den Staat als Massenstaat an, der im Interesse der Unternehmer zu wirken als seine wichtigste Aufgabe be-

trachtet. Klassischer kann in der That der Klassencharakter des Staates nicht zu Tage treten. Daß der Bürgermeister von Grouau für Abhilfe der Beschwerden der Arbeiter sorgen will, wenn er diese Beschwerden als berechtigt anerkennt, ist wohl nichts als eine Floskel, die die Rücksichtslosigkeit seiner Handlungsweise bemanteln sollte. In der That ist auch ein holländischer Arbeiter der Drohung entsprechend ausgewiesen worden, was genügt, um die andern zur Unterwerfung zu zwingen. Graf Posadowsky wird jedenfalls über die Vorgänge in Grouau im Reichstage Rede und Antwort stehen müssen.

Expeditio Ducis. Nach einer Reiter Meldung ist bei der englischen „Trading Company“ ein Brief des Vertreters in Rio de Rey vom 19. September eingegangen, worin er mittheilt, neuere ihm zugegangene Nachrichten bewiesen, daß Engländer in Mittheilungen, betr. angebliche Abschichtung einer deutschen Expedition nach übertrieben dargestellt hätten. Sowohl Leutnant Ducis wie Lohmeyer lebten; auch seien alle Faktoreien wieder eröffnet. Darnach scheint der Ueberfall glücklicherweise nicht so bedeutend gewesen zu sein, wie die ersten Nachrichten vermuthen ließen.

Eine Illustration zu der Fleischnot, die im vorigen Jahre herrschte und die nach den agrarischen Behauptungen einer „Schwindel“ sein sollte, liefert auch der jetzt erscheinene amtliche Bericht über die Fleisch- und Viehbesitz in Dresden. Nach ihm ist 1898 der Fleischverbrauch in Dresden um circa drei Rilo auf den Kopf der Bevölkerung zurückgegangen. Hauptächlich sank der Verbrauch von Schweinefleisch, nämlich um 2,13 Rilo auf den Kopf. Dagegen ist der Verbrauch von Pferdefleisch gestiegen. Der Bericht erklärt die Hauptursachen für die hohen Preise des Schweinefleisches.

Kleine politische Nachrichten. Die nächste Sitzung des Reichstages findet, wie schon gemeldet, am 14. November, Nachmittags 2 Uhr, statt. Auf der Tagesordnung stehen: Berichte der Petitions- und der Wahlprüfungs-Kommission; ferner zweite Berathung des Gesetzesentwurfs betr. einige Aenderungen von Bestimmungen über das Postwesen sowie die zweite Berathung des Entwurfs einer Fernsprechgesetz-Ordnung. — Wie der „Hamb. Corr.“ erfährt, hat die Kommission des Reichsamts des Innern, die die Hauptbesitz der Zigarren- und Hausindustrie in Baden und Westfalen (Mindener-Bezirk) besucht hat, von dem Nachstande der Heimarbeit einen derartigen Eindruck gewonnen, daß ihr die gesetzliche Regelung der Zigarren- und Hausindustrie nach dem Vorschläge der Mindener-Handelstammer geboten erscheint. (Wenn unter dem Zuchtensgesetz sogar die Regierung eine gesetzliche Regelung für geboten erachtet, muß die Kommission schon ganz haarsträubende Zustände vorgefunden haben.) — Das gänzliche Verbot des Totalisators beim Wetrennen des Hannoverischen Rennvereins hat am Sonntag in Hannover großes Aufsehen erregt. Ursprünglich war angekündigt worden, daß der Totalisator nur für Mitglieder in Thätigkeit sei. In Folge eines im letzten Augenblicke eingetrossenen Verbotes des Polizeipräsidenten mußte der Betrieb des Totalisators überhaupt unterbleiben. Auch die Buchmacher wurden scharf übermacht. Der Oberpräsident Graf Stolberg, der Ehrenpräsident des Rennvereins ist, wohnt nach der „Frankfurter Zeitung“ diesem wettenlosen (?) Rennen bei. — Bei der gegenwärtig im Reichshofgarten bearbeiteten Vorlage gegen die Bestrafung von Diebstählen an elektrischer Kraft handelt es sich nach der Angabe offizieller Blätter lediglich um strafrechtliche Bestimmungen, nicht aber um eine Vorlage über sachliche Betriebsführung, wie früher gemeldet wurde. Das Gesetz zum Schutz des Urheberrechts soll demnach dem Bundesrath zugehen. Von dessen Erledigung der Vorlage wird es abhängen, ob sie alsdann dem Reichstage überwiesen werden soll. Ferner soll im Beginn des nächsten Monats eine Vorberedung über die Vorlage, betreffend das Verlagsrecht stattfinden. — Korvetten-Kapitän Scheibler ist seitens der Marine-Verwaltung zum Kriegsschiffkapitän nach Süd-Afrika entsendet, um dort der Ausschiffung der englischen Truppen beizuhelfen zu können. — Ueber den neuen Reichshaushaltsetat wird offiziell mitgetheilt: Sicherem Berechnen nach liegt keinerlei Grund zu der Annahme einzelner Blätter vor, daß der Reichshaushaltsetat für 1900 dem Reichstage nicht gleich zu Beginn des bevorstehenden Tagungsabschlusses zugehen werde. — Die Erwerbung von Riautschou nimmt der Staatssekretär v. Bülow für sich allein als Verdienst in Anspruch. Ein Dismissus in der Münchener „Allg. Ztg.“ erklärt: Fehr. v. Marschall war ein Gegner der Festlegung Deutschlands in China, und die politische Aktion, welche zur Besitzergreifung von Riautschou und zum Erwerb unserer Rechte in Schantung führte, ist lediglich von seinem Nachfolger eingeleitet und durchgeführt worden. (Fehr. von Marschall wird mit Vergnügen seinem Nachfolger dieses Verdienst überlassen.) — Die Arbeiterbewegung, das Organ des Bundes der Arbeitgeber Berlins, welches die Unternehmer Deutschlands in „objektiver“ Weise über die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung, Lohnkämpfe u. s. w. unterrichten sollte, hat ihr Erscheinen eingestellt. Schade drum! — In der Nacht zum Mittwoch ist die Kaiserin des 3. Bataillons des in Gnesen garnisonirenden Infanterie-Regiments Nr. 49 durch Feuer völlig zerstört worden. — Für den Stand der Herbstsaaten in Deutschland Mitte Oktober sind nach der Zusammenstellung des statistischen Amtes die Notizen bei Nr. 2 = gut und Nr. 3 = mittel folgende: Winterweizen 2,3, Winterroggen 2,1, Wintergerste 2,4, junger Alee 2,7. — Nach einem Bundesrathsbeschlusse ist vom 1. Novbr. 1899 ab für denjenigen Branntwein, der mit dem allgemeinen Denaturierungsmittel denaturirt wird, statt der bisherigen Brennsteuervergütung von 250 Mk. eine solche von 450 Mk. für jedes Hektoliter reinen Alkohols zu gewähren. — Ein Spielprozess größeren Umfanges steht in Darmen in Aussicht. Gegenwärtig finden noch umfangreiche Vernehmungen statt. So viel verlautet — nach dem „W. Z.“ — schon, daß um ganz bedeutende Summen — à la Hartlose — gespielt worden ist. — In Mannheim beschlossen die Demokraten bei der badischen Landtagswahl für die Sozialdemokraten stimmen zu wollen. — Ein Verbot des jungtürkischen Kongresses, der in Brindisi stattfinden sollte, hat der Sultan bei der italienischen Regierung durchgesetzt. Nunmehr soll der Kongress in Korfu stattfinden.

Oesterreich-Ungarn.

Skandalstücken im Reichsrath. Am Dienstag hat die angeklagte tschechische Obstruktion im Reichsrath eingeleitet und bereitet einen ersten Erfolg errungen, indem sie durch hervorgerufene Skandale die Sitzung sprengte. Nachdem für die deutschen Parteien die Abgeordneten Hofmann von Wellerhof, Bergelt, Laeger, Baernreither und Wolf ihre Stellungnahme zum Kabinet Clary, die in einem wohlwollenden Abwarten bestehe, auseinandergesetzt hatten, ging der Sturm los. Dem „W. Z.“ wird die Szene wie folgt geschildert: „Am Schluß der

Sitzung bereiteten die Tscheken dem Leiter des Justizministeriums Rindinger einen großen Standal. Pacaf und Genossen brachten ihre Interpellation wegen des Erlasses ein, durch welchen der Leiter des Justizministeriums in Konsequenz der Aufhebung der Sprachverordnungen alle deutschen und tschechischen Gerichte Böhmens angewiesen hatte, als innere Amtssprache nunmehr die deutsche, nicht auch die tschechische Sprache zu gebrauchen. Der Schriftführer Jungtscheche Horica verliest die Interpellation langsam mit Pausen, um den Gewissen Zeit zur Beweismittelung zu geben. Die Tscheken schrien: „Psui! Psui! Abzug!“ Sie eilen zur Ministerbank, welche sie im dichten Kräuel umlagern. Der Abgeordnete Lolezal bringt in die Ministerbank und juchzelt dem Justizminister mit den Fäusten vor dem Gesichte her, daß es wie eine persönliche Attacke ansehe. Er wird vom Präsidenten energisch aufgefordert, die Ministerbank zu verlassen. Die Abgeordneten Brzeznovskij, Brzoz, Mastalka und andere schreien unaufhörlich: „Psui und Hamba!“ Das Geschrei artet in ein betäubendes Getöse aus. Die Deutschen brängen sich in dichten Massen um die Ministerbank und applaudieren stürmisch. Schließlich kehrt der Leiter des Justizministeriums den Rücken den Rücken und hört der Verteilung der Interpellation zu. Diese erfolgt mit größter Langsamkeit.

Da der Schriftführer nicht zu Ende kommen will, wird von den Deutschen stürmisch ein anderer Schriftführer verlangt. Der Präsident ernahmt den Abgeordneten Horica, er solle sich nicht fortwährend unterbrechen lassen. Nachdem die Interpellation zu Ende gefahren ist, erreicht der Lärm seinen Höhepunkt. Der Abgeordnete Mastalka knüllt Papier zusammen und wirft es nach dem Justizminister, der von den Deutschen lebhaft applaudiert wird. Die Abgeordneten Brzeznovskij und Lolezal reißen Aktienstücke von der Ministerbank und schleudern sie nach dem Justizminister, der dem Ansturm ruhig standhält. Der Leiter des Justizministeriums, Rindinger, verlangt das Wort. Die Deutschen suchen ihn von seinem Vorhaben abzurufen. Während dessen dauert der Lärm, die rührenden Rufe „Abzug!“ und das Papierbombardement nach dem Justizminister fort. Der Abg. Schönerer in der Mitte des Saales schreit: „Hoch die katholische Volkspartei!“ Die stürmische Szene endet damit, daß der Präsident unter dem tumultuarischen Geschrei der Tscheken die Sitzung aufhob. Rindinger verließ den Saal, von dem stürmischen Anfall der Deutschen begleitet. — Der Anfang des österreichischen Reichsraths ist wieder vielversprechend — in Bezug auf Standalagen!

Große Ausföhrungen gab es Dienstag Abend in Wjetin (Mähren), wobei die Gendarmen von der Waffe Gebrauch machte; 2 Personen wurden getödtet und 17 verwundet. Militär stellte die Ruhe her. In Holleschau sammelten sich Dienstag nach dem Zeichenbegangnis der bei den letzten Eggenfeldteten 3000 Personen; bei Einschreiten des Militärs wurde eine Person durch einen Bajonettstich verwundet. — Nach einer späteren Depesche sind in der Judenstadt in Holleschau so viele Leute gesammelt, daß ganze Gassen leer stehen und durch Militär abgesperrt werden mußten.

Frankreich.

Im Hochverrathsprozesse zu Paris werden im Ganzen 257 Senatoren als Richter theilnehmen. Eine Gruppe lehnte jede Funktion ab, weil persönliche Beziehungen zu Angeklagten dagegen sprachen, eine andere machte Altersrückfichten geltend. Auf Grund der Ergebnisse der stattgehabten Untersuchung hat der Generalstaatsanwalt seine Anträge wie folgt formulirt: Des vollendeten Verbrechens gegen die Sicherheit des Staates sind schuldig: Deroulede, Guerin, Barillier und Vallere; der Beihilfe bei diesem Verbrechen: Godefroy, Dubuc und Sabran de Pontevès. Außerdem sind die Genannten, sowie Buffet, Frechen-court, Chevilly, Bourmont, Brunet, Cailly, der Deputirte de Kamel und Guiseoupages der Verschwörung gegen den Staat angeklagt und Jules Guerin zudem der Rebellion und des Attentats gegen die Polizei. Gegen Monicourt, Girard und Oberst Pariseval läßt der Staatsanwalt die Anklage fallen. Gegen die geflüchteten Habert, Thiebaud u. s. w. beantragt der Staatsanwalt die Verhaftung der Verhandlung. Am nächsten Sonnabend beschließt die Kommission des Senats als Anklagekammer über diese Anträge; die öffentliche Verhandlung im Plenum soll schon am 6. November beginnen.

Gallifet klagt. Auf Antrag des Kriegsministers Gallifet ist eine Untersuchung gegen den bekannten Schriftsteller Urbain Gohier sowie den Geranten der „Aurore“ wegen Verleumdung der Armee eröffnet worden. Die „Ebre Parole“ dagegen, die täglich haarsträubende Dinge über Gallifet und den Justizminister Ronis auf-tischt, bleibt unangetastet.

England.

Immer neue Sorgen erwachsen England. Afghanistan erscheint von Rußlands wachsendem Einflusse gefährdet; in China und Persien wirken ähnliche Gegenströmungen, und nun meldet ein Telegramm aus Simla, daß ein Regiment eingeborener Truppen und eine englische Batterie unter dem Befehl eines Obersten nach der nördlichen Grenze abgegangen sei, weil dort ein Aufruhr unter den Eingeborenen herrsche. Die besten indischen Truppen werden in Transvaal gebraucht, die Welt-situation, in welche Chamberlain sein Land gebracht hat, wird immer unbehaglicher.

Für die auf der Welt von Portsmouth

beschäftigten Arbeiter wurden Ueberstunden angeordnet, um den Kreuzer „St. George“ sowie andere Kreuzer seefertig zu machen.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz. Die Engländer haben mit ihren Siegen ein eigenthümliches Schicksal, sie siegen rückwärts, und wenn das so weiter geht, können sie ihren Siegeszug bald in Durban (Küste des indischen Ozeans) halten. Trotzdem nach wie vor nur englische Berichte nach Europa gelangen, läßt sich auch durch diese nicht mehr vertuschen, daß die zerschmetternde Niederlage der Buren“ bei Glencoe nichts weiter war, als ein Vorhutgefecht, in welchem 1400 Buren von 4000 Engländern 24 Stunden lang zurückgedrängt wurden. Als nach dieser Frist das Hauptkorps unter General Joubert herbeikommt, nahm die ganze Geschichte eine solche Wendung, daß den Engländern seitdem die Lust zu weiterer Verhinderung völlig verflüchtete. Dundee und Glencoe sind von den angeblichen Siegern in größter Eile geräumt worden und ihr Kommandant, General Dule, der Nachfolger des verwundeten Symons, drückte sich in möglichst weitem Bogen um die angelegentlich Besiegten herum, um sich unter Preisgebung von Verwundeten und Verletzten (an diesen war aber so wie so größter Mangel) nach Ladysmith zurückzuziehen. Das ist amtlicher englischer Rapport.

„Daily Mail“ behauptet, es sei Dule geglückt, sich mit Witte zu vereinigen; eine entscheidende Schlacht zwischen dem englischen und dem burischen Gesamttheere sche unmittelfach bevor. Also mit der Entscheidung bei Glencoe war's auch nach englischen Einverständnissen nicht. Die „Centr. News“ erfahren sogar: Die Buren haben jetzt Dundee, Walschbank und Wessels Ref. Es wird befürchtet, daß General Witte sich auf Pietermaritzburg zurückziehen müssen. Der britische Rückzug scheint die strategische Folge einer Niederlage zu sein.

Von den letzten Kämpfen auf dem östlichen Kriegsschauplatz liegen einige interessante, ergänzende Mitteilungen vor:

Der „Daily Mail“-Korrespondent erzählt, daß nach dem Gefecht bei Glencoe die Buren und Briten im britischen Lager fraternisirten. Man ließ einzelne Buren ruhig ins Lager kommen, die sich nach dem Verbleib von Kameraden und Verwandten erkundigten und ließ sie dann ungehindert gehen. Auch die Ambulanzen arbeiteten kameradschaftlich zusammen. Der Korrespondent spricht sich sehr vorthelhaft über die Haltung der gefangenen Buren aus, die alle den Einbruch von Landbesessenen machten.

Was es mit den Siegesberichten der Engländer, mit denen die befehlungslose Nation beauftragt werden soll, auf sich hat, wird nach ihren eigenen Geschichtsbildungen selber klarer. Die Engländer machen von ihrem Siege bei Glencoe ein kolossales Aufhebens. Damit verhält es sich, wenn man die Meldung des „Times“-Korrespondenten aufmerksam liest, so: General French rückte gegen Glencoe mit der Imperial Light-Kavallerie, der Natal-Freiwilligen-Artillerie mit sechs Geschützen und mit vier Kompanien Manchester-Infanterie früh Morgens in einem Panzerzug vor und land 1200 Buren mit zwei Geschützen, die ihn zurückwarfen. Er mußte Verstärkung von Ladysmith fordern. Um 11 Uhr traf noch eine Batterie Artillerie, die 5 Dragoner, die 5 Lancers, die Devonshire- und Gordon-Infanterie mit dem kommandierenden General Witte ein. Alle diese Truppen mit zwölf Geschützen gegen zwei Geschütze der Buren konnten erst Abends 7 Uhr der kleinen heldenhaften Burenarmee Herr werden.

Wie ein Telegramm aus Kapstadt meldet, ist das von der englischen Reichsregierung beschlossene, der Nationalbank von Transvaal gehörige Gold freigegeben worden. Die Zweiganstalten der Nationalbank in der Kapkolonie und Natal nehmen Noten der Nationalbank und Transvaalgold auf dem gewöhnlichen Wege in Zahlung.

Sehr komisch macht sich ein Klagetelegramm des Kaplandgouverneurs Milner. Er depeeschirte an den Kolonialminister Chamberlain, die Bemühungen, die Basutos ruhig zu erhalten, seien erschwert worden durch das prahlrische Verhalten der Buren an der Grenze, die vor und nach Beginn der Feindseligkeiten offen gedroht hätten, Masura und andere Stationen anzugreifen. Sie hätten auch versucht, den Gehorsam der Basutos gegen England zu erschüttern und dadurch die Bemühungen zu vereiteln, die Eingeborenen in Ruhe zu halten. Die Buren seien daher verantwortlich dafür, daß sich die Sorge vor Einfällen der Eingeborenen geltend mache. — Als die Engländer prahlten, die Basutos würden sich gegen die Buren erheben, waren sie mit dieser Beteiligungs der wilden Negerstämme an dem Kampfe um Südafrika außerordentlich einverstanden.

Vom westlichen Kriegsschauplatz wird berichtet, daß der Burengeneral Cronje vor Mafeking ein Beobachtungskorps zurückgelassen habe und sich mit den Drangeburen gemeinschaftlich auf Kimberley werfe. Sie wollen Cecil Rhodes haben! Daher dessen Hilferuf, von dem gestern Kunde kam!

Dem Neuter'schen Bureau ging aus Kimberley vom 21. Oktober folgende Meldung zu: Die Regierung von Transvaal erließ eine Proklamation, die besagt, sie annektire Griqualand und Betschuanaland. Zweifellos sollen hierdurch die Afrikaner in der Kapkolonie in den Glauben versetzt werden, daß sie sich nun der Transvaalrepublik anschließen können, ohne sich der Gefahr auszusetzen, nach einer etwaigen Besiegung der Buren wegen Hochverraths bestraft zu werden. Der Kommandant von Kimberley erließ eine Gegenproklamation, in der erklärt wird, die Proklamation der Buren habe keine Kraft, der Rechtsstand der britischen Unterthanen sei unverändert. Wer dabei betroffen werde, daß er den Feind irgendwie unterstütze, werde als Aufstörer bestraft werden. Mehrere Verhaftungen sind bereits angeblich vorgenommen worden.

Wie das Neuter'sche Bureau weiter meldet, ist Klipdam im Bezirke Barkly West von den Buren genommen worden. Der britische Resident, der Adjunkt und ein Bureaubeamter wurden gefangen. Man vermutet, daß die Buren gegen Douglas, südwestlich von Kimberley, vorrücken. Die Bewohner von Douglas suchten um Hilfe nach.

Von einer Dr. Leyhs nachstehenden Seite wird in Paris versichert, die Westgrenze des Oranjestaates und Transvaals würde gut genug verteidigt sein, um ein englisches Umgehungsmando, das nach der Landung neuer englischer Truppen in Port Elizabeth und East London vielleicht versucht werde, zu hindern. Die Buren hätten aus ihren Fehlern gelernt, und manche Dispositionen seien geändert worden.

Dr. Leyhs, der Vertreter Transvaals in Europa erklärte einem Redakteur der „Patrie“, die Buren seien entschlossen, bis zum letzten Augenblick für ihre Freiheit einzutreten. Ihr Lösungswort lautet: Tod oder Freiheit! Dr. Leyhs drückte die Zuversicht aus, daß die europäischen Mächte: Frankreich, Rußland und Deutschland, die Respekt unterstügen werden, und warnte vor den aus englischer Quelle kommenden Berichten über den Verlauf des Krieges.

An den Mauern des englischen Konsulats in Rotterdam stand am Mittwoch mit blutrothen Buchstaben angeschrieben: „Blut, Burenblut!“ Eine Untersuchung ist eingeleitet worden.

Lübeck und Nachbargebiete.

Donnerstag, den 26. Oktober.

Die Tagesordnung der am Montag stattfindenden Bürgerchaftssitzung lautet: I. Mittheilungen des Senates. II. Anträge des Senates. 1. Umbau der Heizungs-Anlage im Gerichtsgebäude. 2. Verlängerung des Hofplatzes auf den Vorwerker Wiesen um 300 qd. Meter. 3. Erlass eines Gesetzes, betreffend das Pfandleihgewerbe. 4. Erlass einer Leihhausordnung. 5. Ausführungsgesetz zum Ausgabebuch, zum Handelsgesetzbuch und zur Wapstordnung. 6. Schaffung neuer Beamtenstellen beim Polizeiamte. 7. Erlass einer Verordnung, betreffend die Einführung von Wasseressern.

Von der Schifffahrt. Am Hafen war das Gerücht verbreitet, der Dampfer „Burg“ habe wegen Havarie Straß anlaufen müssen. Das ist nicht richtig. Das Schiff hat ausnahmsweise Bestimmung nach dem Hafen. Wie man uns weiter mittheilt, ist auch der Dampfer „Luna“ mit 2 Matrosen weniger als sonst nöthig ausgefahren. Das Schiff gehört derselben Gesellschaft an, wie „Burg“. Wenn gleich anscheinend die Matrosen knapp sind, kann man ein derartiges Verfahren niemals gut heißen. Wir sind der Ansicht, daß wenn man in Lübeck nur die Heuern auf eine angemessene Höhe setzen würde, man wegen Mannschaften nicht so leicht in Verlegenheit käme.

Eine öffentliche Seemannsversammlung, welche leider schwach besucht war, tagte am Donnerstag voriger Woche im Saale des Herrn Kruse und nahm ein instruktives Referat des Genossen Müller-Hamburg entgegen.

pb. In Haft gerietzen ein in Teutendorf bedienstetes Mädchen, welches seiner Herrschaft wiederholt Eier und Fleisch gestohlen haben soll und außerdem ver-büchsig ist, auch ein Ferkel an die Seite geschafft zu haben, ferner drei Bettler und ein Trunkener.

pb. Gestohlen wurden einem Schuhmacher aus einem auf dem Hauptstr. stehenden Kleiderschrank ein Sommerpaletot und eine Kammgarnhose.

Holzverkauf. Am Montag, den 30. Oktober d. J., Vormittags 10 Uhr, sollen in der Gastwirthschaft von Neu-Bauhof, Arnimstraße, aus dem Israelsdorfer Forstrevier, Forstort Wesloer Lannen und Lormoorholz, ca. 280 rm Kiefern Kluft- und Knüppelholz öffentlich meistbietend verkauft werden.

Verkauf. Am Sonnabend, den 28. d. M., 11 1/2 Uhr Vormittags, soll auf dem Hofe der neuen Kaserne ein austrangirtes Dienstpferd öffentlich meistbietend verkauft werden.

Kuratelbestellung. Zur Widmung des nicht vertretenen Nachlasses des am 18. Oktober 1899 in Lübeck gestorbenen Klempners Julius Wilhelm Heinrich Wieritz ist der Rechtsanwalt Dr. von Brocken und für den mit unbekanntem Aufenthalt abwesenden Heizer Helmuth Gustav Christoph Köhn der Ober Wagenschieber Heinrich Wilhelm Christoph Köhn gemäß § 100 der Vormundschafts-Ordnung zum Kurator bestellt worden.

In das Handelsregister ist am 25. Oktober 1899 eingetragen auf Blatt 271 bei der Firma „S. F. L. Brandt“: Die Firma ist erloschen.

Stadttheater. Man schreibt uns aus dem Theaterbureau: Am Freitag wird Boieldien's melodische Oper „Die weiße Dame“ wiederholt und geht außerdem die Offenbach'sche Operette „Die Wiederholung bei der Latrine“ in Scene, welche beim Publikum die vorzüglichste Aufnahme fand. Das ursprünglich für Freitag ange-setzte Ballet „Die Puppenfee“ mußte auf einige Tage verschoben werden, da infolge des eingetretenen Jamagaki-Gastspiels die Proben eine Unterbrechung erfahren.

Mühen. Ertrunken ist, wie „M. Z.“ berichtet, am Dienstag Nachmittag bei Hornbeck im Kanal der 17-jährige Arbeitsbursche Linde meier aus Hornbeck; derselbe sollte vom andern Ufer ein Floß herüberholen; statt hierzu eins der bereitliegenden Boote zu benutzen, ging er über das Laufbrett. Infolge des starken Windes verlor er den Halt, stürzte in's Wasser und ertrank trotz sofort vorgenommener Rettungsversuche. Die Leiche wurde bald aufgefunden, doch blieben alle Wiederbelebungsversuche erfolglos.

Altona. Unge-bühr vor Gericht. Vor dem hiesigen Schöffengericht erschien am Dienstag ein Kohlen-

arbeiter in „Arbeitsluft“. Dafür mußte er sofort 24 Stunden brummen. Das „Hamb. Echo“ stellt den Sachverhalt, der außerordentlich charakteristisch ist, wie folgt, dar: „Der Angeklagte war wohl im Arbeitszeug und auch nicht ganz sauber erschienen, aber nicht vollständig geschwärtzt. Gleich wurde er von dem Vorsitzenden angefahren, wie er sich erlauben könne, so zu erscheinen. Der Angeklagte entschuldigte sich und sagte, er habe arbeiten müssen und keine Zeit gehabt, um sich erst umziehen zu können. Er habe einen Vater zu ernähren und da könne man es ihm doch nicht verdenken, daß er die Gelegenheit zur Arbeit sich nicht entgehen lasse. Diese plausible Entschuldigung genigte dem Vorsitzenden nicht und er fragte den Anwalt, ob er keine Anträge zu stellen habe. Dieser wollte erst nicht, beantragte aber schließlich doch, den Angeklagten wegen Ungebühr zu einer kleinen Geldstrafe zu verurteilen. Dem Gerichtshof, genigte das nicht; er erkannte auf eine sofort zu vollstreckende Haftstrafe von 24 Stunden. Als der Angeklagte, nachdem er, aus welchen Gründen wissen wir nicht, einem höheren Beamten vorgeführt worden war, den Gerichtshof bat, ihn die Strafe später verbüßen zu lassen, weil er sonst seine Arbeit verliere, zog sich der Gerichtshof nochmals zur Beratung zurück. Bald wurde vom Vorsitzenden verkündet, daß der Antrag abgelehnt

worden sei, und mußte der Angeklagte sofort in's Gefängnis.“ — Fiat justitia!

Breck. Ertrunken ist im benachbarten Rastorf beim Wasserholen aus der Schwentine das Dienstmädchen Dora Bölle. Die angestellten Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Kiel. Zwei Urtheile. Wegen angeblicher Verleumdung des Polizeikommissars Amelung wurde der Genosse Lütjens von der „Schlesm. Post. Volksztg.“ zu 100 Mk. Geldstrafe verurteilt. Er hatte dem Beamten Rücksichtslosigkeit vorgeworfen und behauptet, derselbe sei, ohne sich, „wie es jeder halbwegs anständige Mensch thut“, anzumelden, in ein Schlafzimmer eingedrungen. In letzterem Falle stand Eid gegen Polyzisten. Mit dieser Bestrafung für ein paar schlecht gewählte Worte vergleicht die hiesige Bevölkerung die überaus schwere Bestrafung, welche der königliche Schutzmann Wilkowitz von demselben Gerichte erlitt. Er hatte vor einem Circus einen Lehrling zum Weitergehen aufgefördert und ihm dabei einen Stoß versetzt, daß er zu Boden fiel und einen Beinbruch erlitt. Um den jammerid am Boden Liegenden kümmerte er sich nicht. Kofel — — — auch 100 Mk! — Rimm und lese!

Glückstadt. Bezug von Zimmerern in streng

fernzuhalten wegen Differenzen, die auf der chemischen Fabrik ausgebrochen sind.

Barnemünde. Zwei Schiffe gestrandet. Am Dienstag wollte, wegen des böigen Weststurms, der große russische Schooner „Loibo“, mit Holz nach Apennade bestimmt, hier den Nothhafen aufsuchen, wurde aber vom Küstenstrome hinter die Ostmole geworfen und scheiterte bei der furchtbaren Brandung am Ostmolenkopf. Die Mannschaft, acht Köpfe stark, wurde von dem Lootsenkommandeur Jansen und dessen Mannschaft gerettet. Abends ereilte dasselbe Geschick den Segler „Christine“, welcher mit Kantsteinen nach Lübeck fuhr. Auch hier gelang es denselben wackeren Leuten unter unfähigen Mähen und Befahren, die aus drei Personen bestehende Besatzung zu retten. Beide Schiffe sind als Wracks zu betrachten. Der Sturm der letzten Woche hat zahlreiche Opfer gefordert. Aus dem Fischlande (Ribnitz) fanden zwei Schiffer und zwei Steuerleute ihren Tod in den Fluthen.

Bevölkerungszählung.

Hamburg, 25. Oktober.

Der Schweinehandel verlief flau. Angeführt wurden — Stück. Preise: Verlandschweine, schwer 46—48 Mk., leichte 47—48 Mk., Sauen 38—43 Mk. und Ferkel 44—46 Mk. pr. 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Unserm Freunde E. Fedder zu seinem Hochzeitstage ein 9999 mal donnerndes Hoch! Seine Freunde.

Gesucht
mehrere Arbeiterfrauen
sowie ein Häuherer.
F. A. Rieck, Vorbeckstr. 11.

Eine Näherin sucht Beschäftigung außer dem Hause. Angebote unter W 5 an die Expedition d. Bl.

Gefunden eine Barbierstube m. Zubeh. gegen Injektionsk. Untertrabe 93, 2. Et.

Neue la. Berger Flohmheringe
Neue Magdeb. Salzgurken
Eisig, Eisigpirt u. Wein-Eisig
zum Schlachten
in Gebirgen jeder Größe empfiehlt
H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge,
Fischergrube 61.
Essigfabrik.

Erbisen, grüne u. gelbe,
sehr leicht brechend
à Pfund 12 Pfg. empfiehlt
H. Bannow, J. J. Maass Nachflg.
Lüneburgerstr. 32.

Feinste französische
Eierkartoffeln
empfehlen billigst
H. Bannow, J. J. Maass Nachflg.
Lüneburgerstr. 32.

Prima Braten-Schmalz
empfehlen
Butterhandlung „Zur Krone“.
MARGARINE
— feinste Marken —
empfehlen
Butterhandlung „Zur Krone“.

„Rose“ — Margarine aus der
Lübecker Margarine-
fabrik ist seit 1873 zu
haben per Pfund 70 Pfg. bei
J. C. W. Blöss.

Möbel kaufen empfehle mein
wirklich großes neu
complettes Lager dauer-
haft gearbeiteter Möbel
jeder Art. • Complete Wohnzimmer
aus vorzüglich. Täglich Entressen von Neu-
heiten in Luxus-Artikeln der Möbelbranche
aus der besten auswärtigen Fabrik. Besichtigung
gera. gestattet. — Preis-Kommission.
Folkers Möbelfabrik — Mariesgrube
25.

Billig.
Schweizer Käse
Pfund 60, 80 Pfg.
Holländischen Käse
Pfund 60, 70 Pfg.
Tilsiter Käse
Pfund 50, 60 Pfg.
Holsteiner Käse
Pfund 25 Pfg.
Limburger
Stück 20 Pfg.
Alpen-Rahmkäse
Stück 25 Pfg.
Verschiedene andere Käsesorten
zu äußerst billigen Preisen.
Magern Speck
Pfund 60 Pfg.
Fetten Speck
Pfund 55 Pfg.

Ein Versuch überzeugt!
Was gespart, ist verdient!
E. Heuer, Hürstraße 52.

J. Möllendorff
Holstenstr. 9 Holstenstr. 9
gegr. 1865
empfehlen
Kniestiefel
Arbeiterstiefel
Arbeiterschuhe
Mädchenschuhe
Lederne | Pantoffeln
Filz- |
in nur feiner
und gediegener Waare.

Die besten
mecklenburgischen Kartoffeln
(auch saftweise) empfehlen billigst
Alfstr. 18. **Karl Voss.**

Laubsäge-Holz
per Meter von 90 Pfg. an
Vorlagekatalog u. Preisliste
über alle Laubsäge- und Kerbschnitt-
Utensilien gratis.
G. Schaller & Co.
Konstanz, 3 Marktstätte 3.

Leere Farbetonnen
hat abzugeben
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Strümpfe kauft man billig
in der
Maschinen-
Strickerei
von **Herrn Horabogen, Fischgr. 27.**

Billig.
Vorderschinken
Pfund 55 Pfg.
Carbonade
Pfund 60 Pfg.
Cervelatwurst
Pfund 120 Pfg.
Landmettwurst
Pfund 100 Pfg.
Margarine
Pfund 50, 55, 60 Pfg.,
bei 2 Pfund 5 Pfg. billiger.
Patentmargarine
Ersatz feinsten Meiereibutter
Pfd. 70 Pfg.
Meiereibutter
Pfund 135 Pfg.
Hofbutter
Pfund 120, 125 Pfg.

überzeugt!
ist verdient!
E. Heuer, Hürstraße 52.

Zweien erdienen:
Arbeiter-
Notizkalender
1900
Geb. 60 Pfg. — Porto: 10 Pfg.
Aus dem Inhalt haben wir hervorgehoben:
Zum Bürgerlichen Gesetzbuch
(Rechtvertr., Mietvertr.,
Rechtsstellung der Ehefrau und
Erbrecht, uneheliche Kinder, Erb-
recht). — Die
Reichstagswahlen von 1898
mit Angabe der in jedem Wahl-
kreise auf jede Partei abgegebenen
Stimmen, unter Beifügung
der sozialdemokratischen Stimmen
und Prozentlage von 1893. —
Portraits und Biographien
der sozialdemokratischen
Reichstags- Abgeordneten.
Die sozialdemokratischen
Landtagsabgeordneten in den
einzelnen Bundesstaaten. —
Adressen und Amtsbezirke der
Fabrikations-, der deut-
schen Gewerkschafts-, Organisa-
tionen und Arbeitersekretariate,
Gebührenverzeichnisse für Telegramme,
Portofragen, Einwahne- und
Ausgabebriefe etc.
Wie die früheren Jahrgänge dürfte
auch der für 1900 seine Freunde be-
friedigen. Der Verlag war insbeson-
dere befreit, auch den diesjährigen
Kalender zu einem
praktischen Nachschlagebuch
für Gewerkschaften
zu gestalten.
Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW., Poststr. 2.

Die besten Pommerischen
Kropp- u. Halbstieler
betommt man Mariesgrube 38.

Frühes Pflanzenmus
empfehlen
Butterhandlung „Zur Krone“.

Familienfeier halber bleibt mein Ge-
schäft am **Freitag den 27. Oktober**,
von 2 Uhr Nachmittags an, geschlossen.
Leonhard Kintz, Bleiderstraße 13.

Achtung!
Postdienerarbeiten!
Mitglieder-
Versammlung
am **Freitag den 27. Oktober**
Abends 8 1/2 Uhr
im **Vereinshaus, Johannisstr. 50.**
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Ball.
2. Vortrag des Kollegen Madgen.
3. Kartellbericht.
4. Fragekasten und Verschiedenes.
Der Vorstand.

Lübecker
Genossenschaftsbäckerei
e. G. m. b. H.
Ordentliche
General-Versammlung
am **Freitag den 27. Oktober**
Abends 8 1/2 Uhr
im **Vereinshaus, Johannisstraße 50.**
Tages-Ordnung:
Geschäfts- u. Kassenbericht vom 3. Quartal.
Anteilschein legitimieren.
Der Vorstand.

Aspielen
von
fetten Gänzen, Karpfen, Rauchfleisch
auf einem Ziehbillard
am **Sonntag den 29. Oktober.**
Anfang 11 Uhr Morgens. Einlos 50 Pfg.
Hierzu ladet freundlichst ein
Joh. Wulf, Fischergr. 28.
Ausstossen auf einem Ziehbillard
von
fetten Gänzen, Karpfen u. Rauchfleisch
am **Dienstag den 31. Octbr.**
von Morgens 10 bis Abends 10 1/2 Uhr.
Einlos 50 Pfg., wofür 3 Stöße.
Hierzu ladet freundlichst ein
W. Meyer, Balauerföhr 31

Circus Variété
Nur noch kurze Zeit
der jetzige brillante Spielplan.
Sensation
erregen immer noch
The Alkers
und das samole Programm.
Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.

Stadt-Theater.
Freitag:
Weisse Dame.
Verlobung bei der Laterne

Eine Verfeuchung des deutschen Arbeitsmarktes.

Die größte Schädigung, der zur Zeit der deutsche Arbeitsmarkt ausgeht, bildet keine Verfeuchung mit ausländischen Arbeitskräften, die infolge ihrer zurückgebliebenen Lebensansprüche dem Lohnniveau der deutschen Arbeiterklasse eine nach unten neigende Tendenz geben. In keinem Industriestaat ist diese Einfuhr billiger Arbeitskräfte aus dem Auslande so stark vorgeschritten, wie gerade in Deutschland, wo man doch unter der Devise „Schutz der nationalen Arbeit“ die Wirtschaftspolitik zu betreiben vorgibt. Gerade im laufenden Jahre haben wir auf dem Gebiete der Arbeitereinfuhr wiederholt Vorgänge zu berichten gehabt, die in ihrer Tragweite von den deutschen Arbeitern noch kaum gewürdigt worden sind. Wir glauben daher, unseren Lesern einen Dienst zu erweisen, wenn wir hier einmal im Zusammenhange die wichtigsten Versuche und Erfolge der Einfuhr ausländischer Arbeiter wiedergeben. Wir stehen immer dem Gedankensatz, daß die deutschen Arbeiter nicht mehr vor einer drohenden Gefahr stehen, sondern daß sie schon unter dem Lohndruck dieser ausländischen Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkte zu leiden haben.

Wir weisen als bekannt auf die Thatsache hin, daß die heimischen Vergarbeiter in Rheinland und Westfalen durch Polen, Galizier, Böhmen u. schon stark in den Hintergrund gestellt sind. Ein bürgerliches Blatt führte vor kurzer Zeit aus, daß der früher gewöhnliche Brauch der Vergarbeiterfamilien, wonach die Söhne selbstverständlich den Beruf des Vaters ergriffen, vollständig im Schwinden begriffen sei, weil die Vergarbeiterverhältnisse infolge des Eindringens billiger ausländischer Arbeitskräfte immer ungünstiger würden. Das Oberbergamt in Dortmund hat eine Zählung der ausländischen Vergarbeiter veranstaltet, wobei sich herausgestellt hat, daß die Zahl der fremdsprachlichen Arbeiter seit dem Jahre 1893 von 25 Prozent der Gesamtbeschäftigten im Ruhrgebiet auf 29 Prozent gestiegen ist. Bei einer Belegschaft von 155 560 Bergleuten im Jahre 1893 wurden 39 000 fremdsprachliche Arbeiter gezählt, während ihre Zahl bei einer Belegschaft von 198 300 Bergleuten im Jahre 1898 bereits auf 57 000 gestiegen war. Die Polen haben sich von 9800 auf mehr als 18 000 vermehrt. Oesterreich ist mit 3450, Italien mit 1440 und die Niederlande und Belgien mit 1700 Arbeitern vertreten. Die fremdsprachlichen Vergarbeiter hemmen ohne Zweifel die Erfolge der deutschen Vergarbeiterbewegung; denn bei aller Objektivität gegen diese fremden Arbeiter muß doch zugegeben werden, daß sie, die aus Ländern mit weit geringerer industrieller Entwicklung kommen, nicht im Handumdechen an die Lebensansprüche des deutschen Arbeiters gewöhnt sind, sondern vielmehr einen Lohn, der für die heimischen Arbeiter ganz ungenügend ist, schon für einen besonders hohen im Verhältnis zu den Lohnverhältnissen in ihrem Heimatlande ansehen.

Der Durchseuchungsprozess mit billigen Arbeitskräften beschränkt sich aber nicht auf den Bergbau, sondern ist auch im Baugewerbe schon überaus weit vorgeschritten. Man zählte im Jahre 1898 etwa 60 000 Italiener in Deutschland, die vornehmlich im Baugewerbe, auch in Ziegeleien, Steinbrüchen u. thätig waren. Inzwischen hat sich in diesem Frühjahr der Zugang von italienischen Arbeitskräften nach Deutschland noch verstärkt. Nicht nur in fast allen Großstädten bis in den hohen Norden findet man diese billigen Arbeitskräfte auf Bäumen, sondern auch in der Provinz, auf dem platten Lande. So finden wir im Braunschweigischen, von Seeen ab der Eisenbahnlinie Seeen-Seeen-Holzmindeu folgend, zahlreiche Italiener bei Erdarbeiten und Bauten, die vollständig die Rolle der Lohnbrücker den einheimischen Arbeitern gegenüber spielen. Im Oberen Kirchheim in Württemberg, einem durchaus länd-

lichen Bezirk, hat die Einfuhr italienischer Arbeitskräfte in wenigen Jahren das bisherige Bild des Arbeitsmarktes gänzlich verändert. Auf den Ziegeleien fing's an, im Baugewerbe ging's weiter. Bei einem staatlichen Bahnbau, der vor einiger Zeit in dem genannten Bezirk ausgeführt wurde, wurden die Erdarbeiten hauptsächlich durch Italiener ausgeführt. Aber die Sucht nach billigen und willigen Arbeitern kennt keine Ruhe. Zunächst ließ man sich an Polen, Böhmen und Galizieru gewöhnen. Als diese nicht mehr billig und willig genug waren, führte man Italiener ein. Aber auch mit diesen ist man nicht mehr zufrieden, da gerade sie in letzter Zeit auch schon von den Gedanken und Forderungen der deutschen Arbeiterbewegung sich anstecken ließen. Man geht in industriell noch tiefer stehende Länder, um die allerbilligsten Arbeitskräfte, die überhaupt aufzutreiben sind, heranzuschaffen. So werden die Versuche, chinesische Kulis einzuführen, immer ernstlicher in Angriff genommen. Vor einiger Zeit hat bekanntlich die „Mölnische Zeitung“ ganz offenherzig diese Einfuhr für den deutschen Arbeitsmarkt empfohlen, und es hat sich auch sofort ein Importeur in Gestalt eines rheinischen Großindustriellen gefunden, der im Verein mit anderen einen Trupp chinesischer Kulis aus Ostasien kommen lassen will. Vorläufig will man die Chinesen nur als Dienstmoten verwenden; aber ist erst einmal der Anfang mit der Chineseneinfuhr gemacht, so befürchten wir, daß in einer Reihe von Gewerben diese billigen Arbeitskräfte die schlimmsten Konkurrenten für die heimischen Arbeiter werden könnten.

Wir haben bisher nur von der Einfuhr billiger ausländischer Arbeitskräfte für die Industrie gehandelt. Die nämlichen Versuche werden indessen auch in der Landwirtschaft gemacht. Wir denken da nicht an den Zug billiger Arbeitskräfte vom Osten nach dem Westen, auch nicht an das zuströmende russische Arbeiter, sondern an den systematischen Versuch, italienische Bauern nach dem Osten Deutschlands als ländliche Arbeiter zu verpflanzen. Wenn diese Versuche bis jetzt noch von wenig Erfolg begleitet waren, so ist daran nicht etwa irgendwelche Mächtigkeitsidee der deutsche Arbeiterlichkeit schuld, sondern der einfache Umstand, daß man die italienischen Bauern einseitig vor einer Auswanderung nach Deutschland gewarn hat. Man hat ihnen die paradiesischen Zustände bei unseren Bauern so schwarz in schwarz gezeichnet, daß sie lieber auf ihrem Stückchen heimischer Scholle weiter hungern wollen.

Wichtig wird in Arbeiterkreisen angenommen, nur die ungelerten Arbeiter würden durch die Einfuhr billiger, ausländischer Arbeitskräfte bedroht. Das trifft zwar in der Hauptsache zu. Aber schon jetzt kann man die Wehrnehmung machen, daß diese fremden Arbeiter auch in Berufe eindringen, die eine Verneht voraussetzen, in denen die erforderlichen Fertigkeiten aber leicht anzuschaffen sind. Drei Berufe sind ungemein zahlreich, sie stehen gleichsam auf der Grenzlinie und ziehen in steigendem Maße ungelernete, aber leicht anzulernende Arbeiter vor. Für die Arbeiterlichkeit all dieser Berufe führt aber das billige Angebot der Ausländer zu einer Schwächung dem Unternehmertum gegenüber. Die gelerten Arbeiter werden durch das starke Angebot solch ungelerneter billiger Arbeitskräfte gleichfalls geschädigt, indem der Zugang zu den gelerten Berufen und damit die innere, gegenseitige Konkurrenz der Arbeiter wächst. Wenn nun gegenwertig die Konkurrenz der billigen, ausländischen Arbeitskräfte noch einigermaßen zu ertragen ist, da wir seit 1895 in einer Zeit leben, in der die Beschäftigungsverhältnisse für die Arbeiter ungemein günstig liegen, die Nachfrage nach Arbeitern durchschnittlich immer stärker war als das Angebot, so werden die Zeiten des Niedergangs die Massen fremdländischer, billiger Arbeitskräfte der deutschen Arbeiterklasse um so mehr zu schaffen machen. Denn dann erst zeigen sich die Wirkungen einer Arbeiterlichkeit, die im Unterbieten des Lohnes den deutschen Arbeiter aus dem Felde zu schlagen vermag. Nicht nur, daß die Ausländer, ehe sie arbeitslos werden, zu Löhnen sich verdingen,

die wir in Deutschland kaum mehr kennen, sie schwächen auch bei Lohnherabsetzungen die Widerstandskraft der deutschen Arbeiter, die Gefahr laufen müssen, entweder brotlos zu werden und sich durch billige Ausländer ersetzt zu sehen oder in ihren Lohnansprüchen auf ein Lohnniveau herabzugehen, das für sie ausgeschlossen bliebe, ständen nicht in ihrem Rücken die billigen Preisdrücker des Auslandes. Aus allen diesen Gründen möchten wir den Arbeitern aller Berufe dringend nahe legen, mehr als es bisher geschehen ist, die Frage der Konkurrenz ausländischer Arbeiter zu erörtern und noch vor den Zeiten der Krise auf Maßregeln bedacht zu sein, um die schlimmsten Folgen dieser drohenden Preisunterbietung möglichst abzumildern.

M. Calwer.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen. Die Berliner Nachvergolder sind in eine Lohnbewegung eingetreten. — Die Feilenhauer der Firma Pfeifer, Berlin, Chabelhuser, haben wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. — Der Konflikt in der Louis Vorhardschen Buchdruckerei in Berlin wurde beigelegt. Die Firma billigte die englische Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden zu und das gesamte ausländische Personal nahm hierauf die Arbeit wieder auf. — Der Streik der Handschuhmacher in Brandenburg ist jetzt, da die Kündigungstermin der übrigen zu Ende ist, ein vollständiger. — Die Töpfer Leipzigs sind schon seit einiger Zeit in eine Bewegung für die Fensterfrage eingetreten. In einer am Freitag abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, überall dort die Arbeit ruhen zu lassen, wo die Wünsche der Arbeiter nicht erfüllt werden. Auf einigen Bäumen ist es bereits zur Arbeitsstillung gekommen. — Dem Brüsseler „Seir“ zufolge stände eine neue Lohnbewegung der belgischen Vergarbeiter bevor. Ein besonderer Kongress aller Grubenarbeitervereinigungen zur Erzielung einer Lohnherabsetzung soll am 27. November abgehalten werden. Auf den Kohlengruben Belle-Lue et Bien-Venne zu Herival und Verrier bei Herve brach bereits ein Ausstand aus. Die Feiern verlangen 17 Prozent Lohnherabsetzung. Die Vergarbeitervereinigungen des Südtirols erüchte gleichfalls verschiedene Grubenleitungen brieflich um Aufbesserung der Löhne im Verhältnis zu den hohen Kohlenpreisen.

Ausperrung der Schiffsheizer in Dänemark. Die „Vereinigten Dampfergesellschaften“ haben am 15. d. M. ihre sämtlichen Heizer entlassen. Die Ursache ist die Forderung einer Lohnherabsetzung, die jetzt 70—80 Kr. beträgt, auf 55 Kr., einer 12stündigen Arbeitszeit täglich und einer Ueberstundenbezahlung von 45 Doren extra. Die Gesellschaft wollte auf allen Schiffen 80 Kr. zahlen, während es jetzt nur auf einigen der Fall ist. Da die Gesellschaft jede Verhandlung mit dem Verband ablehnte, hat dieser sie blockiert und warnt, bei der Gesellschaft Heizer zu nehmen. Gleichzeitig wird der seltsame Kontrakt, den die Heizer unterschrieben hatten, publiziert: 1) Der Monatslohn beträgt 80 Kronen. 2) Aufzage mit halbjährlicher Kündigung (1. 3) 80 Kr. Strafe (1), wenn der Kontrakt gebrochen wird. 4) Die Mannschaft ist verpflichtet, alle Arbeit auszuführen (1). 5) Im Krankheitsfall wird nur 1 Monat Heuer bezahlt! — 80 Kr. Strafe, die ganze Monatszage, wenn der Heizer sich eines „Kontraktbruchs“ schuldig macht. Dazu gehört, daß er sich weigert, eine Arbeit auszuführen.

Kinder und Alkohol. Der Wiener Kliniker Hofrath Roth u. a. hat kürzlich in einer Vorlesung sehr bemerkenswerte Äußerungen über die großen Gefahren von Schnaps, Wein, Bier u. für Kinder getan. Bei Besprechung eines Falles von chronischer Alkoholvergiftung sagt der berühmte Gelehrte: „Sie sehen, daß wir es mit keinem leichteren Falle zu thun haben und daß bei unserem Patienten alle Organe

Rheinlandsdörfer.

Roman von Clara Viebig.

11. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Ja,“ sagte er eintönig, wie man eine gut gelehrte Lektion her sagt. „Sie hat das Unglück, das über unsere Familie hereingebrochen ist, nicht ertragen. Ich sehe voraus, gnädiges Fräulein, daß auch Ihnen nicht unbekannt ist, was sich die Spaten auf den Dächern zupfeifen. Mein Vater war — es ist schrecklich für einen Sohn, das harte Wort auszusprechen! — ein Cholester. Wissen Sie, was das heißt? Er hat uns nichts hinterlassen als einen Namen, den zu tragen ein Fluch ist. Die Menschen weisen mit Fingern auf diesen Namen, und wo sie's nicht thun — aus Mitleid! — menden sie sich weg und zucken die Achseln. Noch schlimmer! Meine Mutter hat es nicht ertragen, ihr Verstand ist darüber in die Brüche gegangen. Da sitzt sie in Eudend und denkt, sie sei die Kaiserin von Deutschland, pugt sich und behängt ihren armen Leib mit Lappen und hält den Kopf hoch, damit ja die Krone nicht herunter falle. Meine arme bescheidene Mutter! Sie lacht und lacht — die Wärterinnen thun ihr den Gefallen und reden sie „Majestäät“ an — sie ist dann sehr huldvoll und trüzt und lacht und lacht und knigt —“

„Hören Sie auf!“
Nelda krampfte ihre Hand um die seine und zwang ihn so, still zu stehen. „Sagen Sie's nicht so eintönig, so furchtbar! Ich — ich kann es nicht hören!“ Ihre Lippen zuckten.

Er schaute tief. „Oh, das ist noch nicht das Schlimmste!“

Er riß sich los von ihrer Hand und eilte beschleunigten Schrittes weiter, seine Stimme war nicht mehr tonlos, sondern leidenschaftlich erregt.

„Sie ist todt für die Welt. Aber ich, ich muß darin

leben! Zwischen Kameraden sein, deren Ehre keinen Fleck hat! Ich muß den Namen tragen, den —! Ich darf an nichts denken, was einen anderen glücklich macht. Karriere, Familie, Liebe, Braut, Frau — alles aus!“

Seine Stimme laut, bis sie tonlos war wie zu Anfang; es hatte ihn doch übermannt. Er hatte es ihr sagen wollen, schonungslos aber ruhig; nun hatte er etwas herausgeschworen, was ihn selbst aus der Fassung brachte, er war nicht mehr Herr über sich. Er fühlte, wie seine Stimme versagte und sein Herz pochte. Es flimmerte ihm vor den Blicken. Neldas Augen waren jetzt auf ihn gerichtet, groß und schwimmend; nur löste sich langsam eine Thräne nach der andern unter ihren Wimpern.

„Sie weinen —?! Fräulein Nelda!“
Sie blieb stehen, er hielt ihre Hände; ein seltsames Wohlgefühl lief ihm durch die Glieder.

„Armer — armer —!“ Sie schluchzte laut.

„Sie weinen um mich?!“ Unwillkürlich flüsterte er: „Sie liebes gutes Mädchen, ich danke Ihnen!“ So kann ich doch sagen,“ setzte er noch leiser hinzu, „es hat auch einmal jemand um mich geweint! — Fräulein Nelda, weinen Sie wirklich um mich?“

„Ja, um Sie!“

Sie hob das thränenüberströmte Gesicht mit einem innigen Ausdruck zu ihm auf. „Sie thun mir so schrecklich leid! Wenn ich Ihnen doch helfen könnte! Ach, ich bin so traurig! Ich muß die ganze Nacht daran denken und noch viel, viel länger! Es ist so schrecklich — Ihre arme Mutter — und Sie! O was gab' ich drum, könnt ich Ihnen helfen!“

„Fräulein Nelda!“
Er konnte nicht anders, er mußte ihre Hände an die Rippen führen, eine nach der anderen. Ihre Thränen thaten ihm so wohl, wie der Regen einem verkümmerten Saatfeld. Freilich war's ihm, als sagte ihm die innere Stimme: du hast deine Sache nicht gut gemacht; warum hast du eigent-

lich all das erzählt? Nicht um ihre Thränen: stehen zu machen und ihr dann die Hände zu küßen und auf der einsamen Chaussee still zu stehen und in überströmende Mädchenaugen zu blicken! Du wolltest doch sagen: geh weg! — und du sagst: komm her! —

Kamer schreckte zusammen und ließ die Hände des Mädchens fahren, eine undeutliche Entschuldigung murrend. Er sah sich um.

„Pardon, gnädiges Fräulein, wir sind zu weit gegangen! An Ihrem Hause sind wir längst vorbei, wir müssen umkehren.“

„Ach ja!“ Sie lächelte ihn an, noch Thränen in den Wimpern.

Sie schritten zurück, aber jetzt rascher; sie sprachen auch nicht mehr miteinander, der Wind war ihnen nun entgegen und fächelte schärfer Neldas heißes Gesicht. Sie weinte nicht mehr, im Gegenteil, ein glücklicher, erwartungsvoller Glanz lag auf ihren Zügen.

„Gute Nacht,“ sagte sie lächelnd an der Hausthür.

„Gute Nacht — auf Wiedersehen!“

„Gute Nacht!“

Er verbeugte sich tief, ohne ihre Hand zu nehmen, dann trat er zurück.

Einem Augenblick hielt sie noch zögernd die Klinke — sie horchte auf seine sich entfernenden Schritte. Nun waren sie verklungen. „Auf Wiedersehen,“ murrete Nelda, kaum die Lippen bewegend; dann schloß sie die Thür.

Drinnen im Flur eine erbärmliche Beleuchtung. Auf der untersten Treppenstufe stand die kleine Küchenlampe, tief niedergehängt, und verbreitete einen durchdringenden Petroleumgeruch. Die Eltern schienen bereits zu Bett, ebenso die Magd. War's denn schon so spät? Nelda nahm die Lampe und stieg die Treppe hinauf.

Oben jetzt öffnete sich im ersten Stock die Schlafzimmertür, und Frau Dallmers kleines vergrüntes Gesicht mit

